



- Beschlusskammer 7 -



Beschluss

Az.: BK7-21-069

In dem Verwaltungsverfahren

wegen Feststellung der Erledigung der Genehmigung maßgeblicher Punkte eines Fern-
 leitungsnetzes nach Art 18 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009

gegenüber der Ferngas Netzgesellschaft mbH, Reichswaldstraße 52, 90571 Schwaig b. Nürn-
berg, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Betroffene,

hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen
Homann,

durch ihre Vorsitzende Barbie Kornelia Haller,

ihren Beisitzer Dr. Werner Schaller

und ihre Beisitzerin Diana Harlinghausen

am 26.10.2021 beschlossen:

Es wird festgestellt, dass der Beschluss vom 13.12.2018 (Az. BK7-18-089) zur Genehmi-
gung der maßgeblichen Punkte sich mit Wirkung zum 01.10.2021 erledigt hat und damit
unwirksam ist.

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Gründe

I.

- 1 Das Verfahren betrifft die Feststellung der Erledigung der Genehmigung der maßgeblichen Punkte nach Art. 18 Abs. 4 Verordnung (EG) Nr. 715/2009 (im Folgenden: FernleitungsVO) durch Beschluss vom 13.12.2018, Az. BK7-18-089.
- 2 Die Betroffene betreibt seit dem 01.10.2018 die Fernleitung EGL 401, eine Hochdruckleitung mit einer Gesamtlänge von circa 250 Kilometern, die von Vitzeroda über Ronneburg nach Niederhohndorf verläuft. Der maßgebliche Punkt des Fernleitungsnetzes Vitzeroda lag vor der Marktgebietsintegration der Marktgebiete NetConnect Germany (NCG) und GASPOOL zum deutschlandweiten Marktgebiet Trading Hub Europe (THE) an der innerdeutschen Marktgebietsgrenze zwischen NCG und GASPOOL.
- 3 In dem Beschluss vom 13.12.2018, Az. BK7-18-089 (im Folgenden: Genehmigung der maßgeblichen Punkte), war der Betroffenen der Marktgebietsübergangspunkt Vitzeroda ihres Fernleitungsnetzes als maßgeblicher Punkt nach Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO genehmigt worden. In Tenorziffer 1 S. 2 der Genehmigung der maßgeblichen Punkte war die auflösende Bedingung enthalten, wonach die Genehmigung mit Wirkung für die Zukunft entfällt, sollte bei dem genehmigten Punkt der Antragstellerin dauerhaft die Möglichkeit von Ein- respektive Ausspeisungen durch Transportkunden entfallen.
- 4 Mit Schreiben vom 07.07.2021 hat die Betroffene der Beschlusskammer angezeigt, dass im Zuge der Fusion der deutschen Marktgebiete mit Wirkung zum 01.10.2021 zum deutschlandweiten Marktgebiet THE die Buchbarkeit des Marktgebietsübergangspunktes Vitzeroda entfällt.
- 5 Die Beschlusskammer hat daraufhin das vorliegende Verfahren am 16.08.2021 eingeleitet. Die zuständige Landesregulierungsbehörde Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie ist mit E-Mail vom 04.10.2021 gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt worden.
- 6 Am 01.10.2021 wurde die Integration der Marktgebiete NCG und GASPOOL zum deutschlandweiten Marktgebiet THE vollzogen.
- 7 Die Beschlusskammer hat einen Beschlussentwurf erstellt und der Betroffenen mit Schreiben vom 07.10.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- 8 Die Betroffene hat mit Schreiben vom 21.10.2021 dem Vorgehen der Beschlusskammer bezüglich der Feststellung der Erledigung zugestimmt und dieses als sachgerecht bezeichnet.
- 9 Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

II.

- 10 Die Genehmigung der maßgeblichen Punkte hat sich aufgrund der auflösenden Bedingung nach Tenorziffer 1 S. 2 der Genehmigung der maßgeblichen Punkte mit Wirkung zum 01.10.2021 für die Zukunft erledigt und ist damit unwirksam geworden. Aus Gründen der Transparenz war die Erledigung und Unwirksamkeit der Genehmigung der maßgeblichen Punkte festzustellen, um für alle Marktteilnehmer den Rechtsschein einer wirksamen Genehmigung zu beseitigen.

1. Rechtsgrundlage

- 11 Der Beschluss findet seine Rechtsgrundlage in entsprechender Anwendung des § 44 Abs. 5 VwVfG in Verbindung mit § 43 Abs. 2 VwVfG. Danach kann die Regulierungsbehörde als die für die Genehmigung der maßgeblichen Punkte zuständige Behörde nach Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO i.V.m. § 56 Abs. 1 Nr. 2 EnWG und § 29 Abs. 1 EnWG die Unwirksamkeit der der Betroffenen erteilten Genehmigung der maßgeblichen Punkte jederzeit von Amts wegen feststellen.

2. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

- 12 Hinsichtlich der formellen Rechtmäßigkeit der vorliegenden Entscheidung sind die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren gewahrt worden.

2.1. Zuständigkeit

- 13 Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Feststellung der Erledigung der Genehmigung der maßgeblichen Punkte nach § 44 Abs. 5 VwVfG i.V.m. Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO i.V.m. § 56 Abs. 1 Nr. 2 EnWG und § 29 Abs. 1 EnWG ergibt sich aus § 54 Abs. 1 EnWG; die der Beschlusskammer zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2.2. Beteiligte Behörden

Die zuständige Landesregulierungsbehörde Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie ist mit E-Mail vom 04.10.2021 gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt worden.

2.3. Anhörung

- 14 Vor dem Erlass der Entscheidung ist der Betroffenen gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

3. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Entscheidung ist auch materiell rechtmäßig. Die Genehmigung der maßgeblichen Punkte hat sich mit der Marktgebietszusammenlegung zum 01.10.2021 erledigt und ist mit Wirkung für die Zukunft unwirksam geworden (hierzu Abschnitt 3.1.). Es besteht ein Bedürfnis für eine verbindliche Feststellung der Erledigung der maßgeblichen Punkte, um den Rechtsschein einer wirksamen

Genehmigung der maßgeblichen Punkte zu beseitigen und Klarheit über die nach Art. 18 FernleitungsVO bestehenden Transparenzanforderungen im Markt zu schaffen (hierzu Abschnitt 3.2.).

15 **3.1. Unwirksamkeit der Genehmigung der maßgeblichen Punkte zum 01.10.2021**

16 Die der Betroffenen erteilte Genehmigung der maßgeblichen Punkte hat sich mit Wirkung für die Zukunft zum 01.10.2021 „auf andere Weise“ im Sinne von § 43 Abs. 2 VwVfG erledigt. Damit entfällt die Wirksamkeit der Genehmigung im Sinne des § 43 Abs. 2 VwVfG.

17 Die Formulierung in § 43 Abs. 2 VwVfG einer Erledigung „auf andere Weise“ erfasst solche Ausnahmefälle, in denen sich die tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse in einer Weise entwickeln, die der Regelungswirkung des Verwaltungsaktes eindeutig die Grundlage entziehen, etwa indem das Regelungsobjekt wegfällt. Solche Fälle liegen typischerweise vor, wenn mit Blick auf eine Genehmigung die Genehmigungspflicht entfällt oder bei einem auflösend bedingten Verwaltungsakt (Goldhammer, in: Schoch/Schneider, VwVfG, Stand Juli 202, § 43; Rn. 114 und 115).

18 Dies trifft vorliegend zu. Mit der Marktgebietszusammenlegung zum 01.10.2021 entfällt für den Punkt Vitzeroda der Status als Marktgebietsübergangspunkt. Die Betroffene hat dementsprechend angezeigt, dass die Buchbarkeit des Punktes Vitzeroda damit für die Zukunft entfällt. Somit entfällt auch dauerhaft die Möglichkeit für Transportkunden Ein- bzw. Ausspeisungen in das Fernleitungsnetz der Betroffenen vorzunehmen.

19 Dies hat zur Folge, dass der Punkt Vitzeroda nicht mehr als maßgeblicher Punkt nach Ziffer 3.2. Nr. 1 des Anhangs I der FernleitungsVO einzuordnen ist, für die die Genehmigungspflicht des Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO gilt. Zum 01.10.2021 entfällt daher der maßgebliche Punkt als Regelungsobjekt der Genehmigung der maßgeblichen Punkte und damit einhergehend die Genehmigungspflicht nach Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO. Gleichzeitig tritt zum 01.10.2021 mit Wirkung für die Zukunft die in Tenorziffer 1 S. 2 der Genehmigung der maßgeblichen Punkte enthaltene Bedingung ein. Denn nach der tenorierten auflösenden Bedingung entfällt die Genehmigung für den Punkt Vitzeroda mit Wirkung für die Zukunft, wenn bei dem Punkt für Transportkunden dauerhaft die Möglichkeit entfällt, Ein- bzw. Ausspeisungen in das Fernleitungsnetz der Betroffenen vornehmen zu können.

20 Damit hat sich die der Betroffenen erteilte Genehmigung der maßgeblichen Punkte mit Wirkung für die Zukunft zum 01.10.2021 „auf andere Weise“ im Sinne von § 43 Abs. 2 VwVfG erledigt.

21 **3.2. Ermessen**

22 Die Beschlusskammer hat ihr Ermessen ordnungsgemäß ausgeübt. Die Feststellung verfolgt das legitime Ziel, den Rechtsschein der aufgrund des Wegfalls der Buchbarkeit und daran anknüpfenden auflösenden Bedingung mit Wirkung zum 01.10.2021 unwirksam gewordenen Genehmigung der maßgeblichen Punkte zu beseitigen. Damit wird für die Betroffene und den Markt Klarheit über

die nach Art. 18 Abs. 4 FernleitungsVO bestehenden bzw. in diesem Fall nicht mehr bestehenden Transparenzanforderungen geschaffen. Entgegenstehende Interessen der Betroffenen oder Dritter sind nicht ersichtlich.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von der oder dem Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Barbie Kornelia Haller

Vorsitzende

Dr. Werner Schaller

Beisitzer

Diana Harlinghausen

Beisitzerin